

Volkswille

Volkstimme

zugleich für Bielez

Geschäftsstelle der „Volkstimme“ Bielez, Republikanstra Nr. 4.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 5. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowiz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien te am 0,12 Zloty für die achtgepaaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowiz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto S. R. D., Filiale Kattowiz, 200174. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Kattowiz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Ministerbesprechungen in Warschau

Marshall Pilsudski konferiert mit Ministerpräsident Slawek — Vor der Einberufung der außerordentlichen Sejmession — Außenminister Zaleski beim Marshall Pilsudski — Polnische Vorbereitungen für Genf Danzigs Protest gegen den polnischen Wirtschaftsboykott

Warschau. Gestern nachmittags erschien Marshall Pilsudski in Begleitung seines Adjutanten, Hauptmann Miladowski, im Ministerpräsidenten und begab sich in das Arbeitszimmer des Ministerpräsidenten Slawek, mit dem er längere Zeit konferierte. Man nimmt in politischen Kreisen an, daß die Besprechung der Einberufung der außerordentlichen Sejmession gegolten hat und insbesondere der neuen Dienstpragmatik für die Staatsbeamten. Diefelbe Angelegenheit wird heute Gegenstand der Beratungen des Ministerrates bilden. Ueber dieses Thema wird der Vizeminister Pieracki dem Marshall Pilsudski einen Bericht erstatten. Nebstdem gelangen im Ministerrate noch andere Gesetzesprojekte zur Sprache, die von schwerwiegender Bedeutung sein werden.

In den Nachmittagsstunden hat der Marshall Pilsudski den Außenminister Zaleski in Belvedere empfangen. Die Besprechung war der Völkerbundstagung in Genf gewidmet. Minister Zaleski dürfte demnächst nach Genf abreisen.

Danziger Protest gegen den polnischen Wirtschaftsboykott

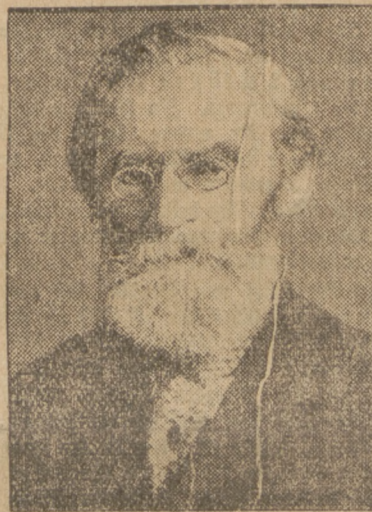
Danzig. Am Dienstag fand eine von der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in der Freien Stadt Danzig einberufene Protestkundgebung gegen den polnischen Wirtschaftsboykott statt. In eindrucksvoller Weise wurde die schwere Bedrängnis dargelegt, in der sich die Wirtschaft der Freien Stadt Danzig infolge der polnischen Wirtschaftspolitik verfehrt sieht. Die Kundgebung bewies, wie notwendig die von der Danziger Regierung eingeleiteten Schritte zur Wahrung der durch die polnische Wirtschaftspolitik gefährdeten Existenz der Freien Stadt Danzig sind. Es wurde einstimmig eine Entschliekung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Danziger Wirtschaft erhebt gegen die wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen, die von polnischer Seite gegen die Danziger Wirtschaft ergriffen worden sind, vor der Meinung der ganzen Welt Protest. Polen hat in Danzig nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten.

Schadenersatz an die Ukrainer

Lemberg. Die ukrainische Presse meldet, daß der Internationale Genossenschaftsverband in Brüssel beschlossen hat, die den ukrainischen Genossenschaften während der sogenannten Nazifizierungsaktion durch die polnische Polizei und das Militär verursachten Schäden zu ersetzen und die polnische Regierung zu ersuchen, diese Schäden den ukrainischen Genossenschaften wieder zu ersetzen.

Bedauern der polnischen Regierung über Grenzverletzungen

Berlin. Die polnische Gesandtschaft hat im Namen ihrer Regierung dem Auswärtigen Amt ihr Bedauern über



Zum 25. Todestag von Carl Schurz

Am 14. Mai fahrt sich zum 25. Male der Todestag des großen deutsch-amerikanischen Staatsmannes Carl Schurz. Im Jahre 1829 in Liblar bei Köln geboren, schloß sich Schurz der 48er Revolution an, siedelte dann nach Amerika über, wo er sich bald als Redner und Politiker einen Namen gemacht hat. Im Bürgerkrieg wurde Schurz Brigadegeneral und schließlich Armeekorpsführer; seine öffentliche Laufbahn beschloß er als amerikanischer Staatssekretär des Innern.

die Grenzverletzung durch das polnische Militärflugzeug ausgesprochen, das am 8. d. Mts. bei Wahrenau, Kreis Preußisch-Holland, gelandet ist.

Die Handelsvertragsverhandlungen Polen-Tschechoslowakei abgebrochen

Warschau. Die seit einigen Tagen in Warschau geführten tschechoslowakisch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind am Montag abgebrochen worden. Die tschechoslowakische Abordnung ist nach Prag zurückgekehrt. Polnischerseits wird die Nachricht verbreitet, die Verhandlungen würden Anfang Juni in Prag wieder aufgenommen werden. Gewisse polnische politische Kreise beurteilen die Lage skeptisch.

Wandlungen im Pseudosozialismus

Daß die heutige, auf präkapitalistischer Grundlage organisierte Welt, einer Reform bedarf, wenn der Bolschewismus diese grenzenlose Ausbeutung nicht hinwegjagen soll, ist eine Tatsache, die einsichtige Wirtschaftskreise nicht mehr zu leugnen vermögen. Daß die Entwicklung zum Sozialismus geht, weiß man, will es aber noch nicht anerkennen und schafft aus diesem Grunde Bewegungen, die den marxistischen Sozialismus mit einem nationalen Mantel umgeben sollen, und aus diesen Bemühungen heraus, ist der Nationalismus entstanden. Nicht aus dem Bedürfnis heraus, um die alte sozialistische Bewegung als überholt abzulösen, sondern aus dem Wunsche der Industriellen und der Handelswelt, dem wahren Sozialismus eine Gegenströmung zu geben, hat man die internationale Einstellung der Sozialdemokratie verdächtigt, daß sie zu sehr den Siegern des Weltkrieges an die Hand gehe, Erfüllungspolitik treibe und so das nationale Moment und die deutschen Belange nicht genügend schütze. Um nun den nationalen Belangen Rechnung zu tragen, aber in Wirklichkeit, um die geschlossene Front der sozialistischen Arbeiterbewegung zu zerschlagen, haben die Industriemagnaten aller Richtungen den sogenannten Nationalismus gepflegt und sich gern einige Phrasen zur Bekämpfung des Kapitals gefallen lassen, wenn nur der Zweck erfüllt wurde, daß durch die nationalen Belange, der Kampf gegen den Erbfeind und die Einstellung der Tributleistungen in den breiten Massen Hoffnungen erwecken ließen, für ein „Drittes Reich“, um darauf die selbstverständliche Entwicklung der notleidenden Arbeiterschaft zur Scharung um die Fahnen der Sozialdemokratie zu verhindern. Dieses Ziel ist vorerst, dank der skrupellosen Agitation der Nationalsozialisten und der Riesensubventionen der Industrie, gelungen.

Als am 14. September 1930 die Nationalsozialisten einen überwältigenden Sieg der politischen Phrase erfochten haben, wartete man auf den Erfolg, der die Wähler dem „Dritten Reich“ etwas näher bringen sollte. Als die Hitlerjünger in den Reichstag einzogen, war man der Erwartung, daß sie wenigstens ihr nichtsjagendes Programm teilweise zu realisieren versuchen werden. Sie haben sich im Standalieren bewährt, als aber eine etwas straffere Geschäftsordnung sie zur positiven parlamentarischen Arbeit zwingen sollte, verließen sie das Parlament, kündigten den Arbeitslosen an, daß sie die Bude auseinandertreiben werden und auf die Diäten, zugunsten dieser Arbeitslosen, verzichten werden. Aber weder das eine, noch das andere, wurde verwirklicht, die Anhänger forderten Taten, der Rabau mußte in die Versammlungen getragen werden, der Radikalismus wuchs und man rief dringend nach dem Parth, den die S. U.-Abteilungen der Nationalsozialisten vollführen sollten. In einem Leipziger Prozeß bekannte sich der Häuptling Hitler zur „nationalen Revolution“, bei der Köpfe der Gegner rollen sollten, dem Marxismus ist die Todesstunde angefüht worden. Als aber einige der nationalistischen Helden vor den Radi zitiert wurden und die Phrasen eben nichts, als Phrasen blieben, entstand eine Revolte zwischen der Berliner und der Münchener Führung, der Auflösungsprozeß begann, weil eben hinter den Versprechungen die Tat fehlte, und jetzt fängt auch Hitler an, sein Damastus zu erleben. In einem Berliner Prozeß schwören nun die Parteiführer von gestern ihre Revolution ab und leisten Eid auf Eid, daß sie nur auf legalem Wege zur politischen Macht gelangen wollen, das „Dritte Reich“ will man nicht mehr, wie der hysterische Schreikling Goebbels, durch die nationale Revolution, sondern auf legalem Wege erreichen. Der Nationalsozialismus, denn dies wäre die richtige Bezeichnung für die Hitlerjünger, hat bereits die nationale Erneuerung aufgegeben, will sie auf legalem Wege erreichen, kehrt also wenigstens den Eiden nach auf den gleichen Weg zurück, wie die Sozialdemokratie die heutige Gesellschaftsordnung umwandeln will.

Es besteht nur ein gewaltiger Unterschied zwischen den Nazisiten und den Pseudosozialisten. Die einen mühen sich, von Reform zur Reform, den Lebensverhältnissen den notleid. Massen gerecht zu werden, wollen schon in diesem bürgerlichen Staat den Arbeiter und Angestellten Vorteile ver-

Vorbeugungsmittel gegen die Kriegsgefahr

Sonderauschuß des Völkerbundes für Kriegsverbütung — Demarkationslinien — Entmilitarisierte Zonen

Genf. Der Sonderauschuß für die Verstärkung der Kriegsverbütenden Mittel hat sich heute in längerer lebhafter Aussprache, in die vor allem die Vertreter Deutschlands, Frankreichs und Englands wiederholt eingriffen, über einige grundlegende Punkte des in Aussicht genommenen Abkommens geeinigt, wobei die endgültige Festlegung des Wortlautes den späteren Arbeiten des Ausschusses überlassen bleiben soll. Nach den heutigen grundsätzlichen Beschlüssen soll sich das Abkommen durch das sich die Vertragsschließenden von voneinander zur Befolgung bestimmter Anordnungen des Völkerbundsrates verpflichten, nur auf den Fall der Kriegsgefahr beziehen, während für den Fall des bereits ausgebrochenen Krieges weisheitlich die allgemeinen Bestimmungen der Völkerbundstagung allein gelten sollen. Der englische Vertreter erklärte sich damit einverstanden, daß die vom Völkerbundsrat anzunehmenden militärischen Maßnahmen auch die Seeestreitkräfte einbeziehen können. Was die Art der Maßnahmen betrifft, die die Staaten zur Vermeidung eines bewaffneten Zusammen-

stoßes zu ergreifen sich schon jetzt verpflichten sollen, so einigte man sich dahin, daß die bisher in Aussicht genommene Formel aufgegeben und eine Reihe konkreter Verpflichtungen in dem Abkommen vorgeesehen werden sollen, nämlich

1. die Zurückziehung der auf fremdes Gebiet eingedrungenen Truppen hinter eine vom Völkerbundsrat zu bestimmende Linie,
2. die beiderseitige Zurücknahme der Truppen im Falle der Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes,
3. Anweisung an die militärischen Befehlshaber, keine Feindseligkeiten zu beginnen.

Am stärksten umstritten war die schließlich auch positiv entschiedene Frage, ob, entsprechend einem polnischen Antrag ein vierter Punkt vorgeesehen werden soll, nämlich die Annahme der Intervention des Völkerbundsrates im Falle „einer aus der Verletzung einer internationalen Verpflichtung entstandenen Kriegsgefahr“.

schaffen, während die Pseudosozialisten erst das „Dritte Reich“ durch die nationale Revolution schaffen wollen und wenn sie für ihre Phrasen vor Gericht verantwortlich gemacht werden, dann kommt es nicht auf einen Meineid an, dann belernen sie sich zur Legalität, natürlich nur deshalb, weil die Gegenstände wegen der Undurchführbarkeit des sogenannten Befreiungsprogramms ihre Anhänger in hellen Scharen davonlaufen läßt. Währenddessen haben die Sozialdemokraten den Haushalt mit annehmen helfen, arbeiten daran, daß im Bereich der finanziellen Möglichkeiten der Arbeiterklasse geholfen wird und letzten Endes im Kampf gegen die nationalsozialistischen Verprechungen die Arbeiter um die Fahnen des marxistischen Sozialismus zu sammeln. Es soll auch hier nicht übergegangen werden, die Tatsachen festzustellen, daß der Nationalismus als ein Allheilmittel gegen Moskaus Kommunisten und gegen die Sozialdemokraten dienen sollte. Einige Zeit war man innerhalb der Industriekapitäne der Meinung, daß die Kommunisten die Sozialdemokratie liquidieren werden, als die Ausflüchte trogen, es sich erwies, daß die jahrzehntelange sozialistische Schulung der Klassenbewußten Arbeiter die Kommunisten liquidiert, dann griff man in den sonst verschlossenen Geldsäckel, wenn es sich um berechtigte Arbeiterforderungen handelt, und gründete die Hitlerjungen mit all seinen Abarten, den Stahlhelm und Wehrwolf und wie die nationalen Ketter im Reich sonst heißen mögen. Und was man im Reich als gut empfand, das machte man in Oesterreich und in der Tschechoslowakei nach, mit dem gleichen Erfolg, daß diese Pseudosozialisten doch durch die Marxisten überwunden werden. Zwar noch nicht ganz, aber wenn wir nur einigermaßen normale Wirtschaftsverhältnisse in Europa erhalten, dann wird auch der Pseudosozialismus hitlerischer Prägung verschwinden und bleiben werden die Marxisten, gegen die seit Jahrzehnten Kirche und Kapital ankämpfen und es doch nicht fertig bringen, ihren Aufstieg, ihre politische Machtergreifung zu verhindern.

Wir wollten mit diesen Ausführungen nur noch einmal darlegen, daß die Arbeiterklasse, trotz der ungeheuren Wirtschaftskrise, nicht den Mut sinken lassen darf. Weder die Kommunisten, die in Rußland über die Arbeiterklasse einerseits und über die Gesamtbevölkerung andererseits, die frühere Sklaverei im Dienste des Staates einführen wollen, geht der Vormarsch der Sozialdemokratie überall uneingeschränkt vorwärts, sie bildet, trotz mancher Rückschläge, jenes Element, welches letzten Endes den Befreiungskampf der breiten Massen durchführt wird. Aber ist es nicht bezeichnend für die sogenannten „nationalen Belange“, daß man doch zu dem früher so verpönten Worte „Sozialismus“ greifen muß, um überhaupt die Massen für irgend eine nationale Phrase zu gewinnen? Darum hat auch in den letzten Monaten die Sozialdemokratie diese Situation ausgenutzt und hat eine aktive Propaganda entwickelt, mit dem Ruf nach dem zweiten Mann, das heißt, ob jedes Parteimitglied auch schon den zweiten Anhänger geworden hat, um die eigenen Reihen gegen den Pseudosozialismus, in Wirklichkeit den Faschismus zu erobern. Diese Agitation um den zweiten Mann hat im Reich große Erfolge gezeitigt. Tausende von neuen Anhängern sind für den Sozialismus gewonnen worden, die neue Kämpfer im Befreiungskampf des Proletariats stellen werden, und unsere Aufgabe muß es sein, unseren reichsdeutschen Genossen nachzuweisen. Die Marxisten haben bedeutendere Gegner überwunden als den Pseudosozialismus, den hitlerischen Nationalsozialismus und auch den Mussolinischen Faschismus.

Jene Wandlung, die die Hitlerjünglinge von der „nationalen Revolution“ zur legalen Staatseroberung vollzogen haben, beweist auch am deutlichsten, daß diese Massenanstrengung von Verprechungen gegenüber den realen Forderungen der Sozialdemokratie versagt hat. Wenn sich die Geldgeber des Nationalsozialismus überzeugen werden, daß ihnen Hitler nichts mehr nützen kann, dann sperren sie nur die Subventionen und der Nationalsozialismus wird von der Bildfläche verschwinden. Bleiben wird die sozialistische Arbeiterbewegung auf marxistischer Grundlage und wird über die privatkapitalistische Gesellschaftsordnung den Befreiungskampf durchführen, die sozialistische Welt bauen, auf der es nur Gleiche unter Gleichen, keine Sklaven, nur Freie, geben wird. Aber, was an dieser Stelle schon so oft gesagt wurde, man darf dieses Kommen der neuen Weltordnung nicht als ein Geschenk des Himmels erwarten, sie kann nur mit den Gehirnen der breiten Massen, der Arbeiter, Bauern und Angestellten erkämpft werden. Und wer dieses Ziel bald verwirklicht sehen will, der muß sich um die roten Fahnen des Sozialismus sammeln. Vereinzelt sind wir nichts, als eine Masse alles! Darum auf, aus Werk gegen den Faschismus, für den Sozialismus!

Die Staatsmänner auf dem Wege nach Genf

Die englische Vertretung für Genf — Henderson in Paris — Erklärung Schobers über die Zollunion

London. Der britische Außenminister Henderson, der heute, wie bereits gemeldet, auf dem Wege nach Genf zur Teilnahme an den bevorstehenden Sitzungen des Völkerbundesrates von hier abgefahren ist, wurde von dem Parlamentsmitglied Noel Baker, seinem Privatsekretär Selby und dem Vertreter des Foreign Office beim Völkerbund, Cadogan begleitet. Vor seiner Abfahrt hatte Henderson auf dem Bahnsteig eine längere Unterredung mit dem französischen Botschafter. Auch der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Dalton, und der ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, Banfillart, waren zum Abschied auf dem Bahnhof anwesend.

Paris. Der englische Außenminister Henderson ist heute vormittags in Paris eingetroffen. Er wurde bei seiner Ankunft vom Chef des Protokolls de Fouquieres begrüßt.

Spaniens Außenminister in Genf

Genf. Als einer der ersten Teilnehmer an den Tagungen des Völkerbundesrates und der Studienkommission für die europäische Einigung ist heute abend, von Paris kommend, der spanische Außenminister Lerrouz in Genf eingetroffen.

Dr. Schober nach Genf abgereist

Wien. Bizekanzler Dr. Schober ist heute abend nach Genf abgereist. Vor seiner Abreise äußerte sich Dr. Schober gegenüber einem Pressevertreter wie folgt: „In einer schicksalsschweren Stunde trete ich heute die Reise nach Genf an. Ich weiß

nich mit der heimatstreuen Bevölkerung Oesterreichs einig, in der Erkenntnis, daß es höchste Zeit war, das Gewissen Europas aufzurütteln. Das ist mit dem von der deutschen und österreichischen Regierung vereinbarten Plan einer Zollunion geschehen. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß nicht politische, sondern wirtschaftliche Erwägungen unsere Schritte geleitet haben und daß es nicht eine Ueberrumpelung mit politischen Plänen war, als Oesterreich und Deutschland den Mächten ihre Absicht mitteilten, Verhandlungen über eine Zollunion zu beginnen, so ist es die von der österreichischen Regierung soeben mit schwererer Mühe angewandte Katastrophe ihres größten Bankinstituts, die wohl — und das ist unseugbar — die absolute Notwendigkeit einer wirklichen Hilfe für Oesterreich darstellt. Die mir zugewiesene Aufgabe, Europa davon zu überzeugen, ist gewiß nicht leicht. Trotzdem zweifle ich nicht, daß dieser Blick auf die heiteren Himmel, der unsere ganze wirtschaftliche Lage beleuchtet, dazu beitragen wird, daß der gemeinsame Wortschatz Deutschlands und Oesterreichs verstanden werden wird. Wer nicht will, daß inmitten von Europa ein Trümmerfeld entsteht, der muß mit den Verhältnissen der Vergangenheit Schluss machen und Oesterreich das geben, was es zum Leben notwendig braucht.

Die Opfer des Aufstandes in Burma

London. Der Staatssekretär für Indien teilte im Unterhaus mit, daß während der Aufstände in Burma annähernd 1000 Personen getötet worden seien. Die Zahl der englischen Verluste sei noch nicht genau bekannt.

Monarchistischer Kampf gegen die Republik

Neue Unruhen in Spanien — Räumung aller Klöster — Riesiger Sachschaden — Ein Strafverfahren gegen Alfons XIII.

Madrid. Trotz des Kriegszustandes dauern die Kämpfe in Granada und Malaga an. In Granada fielen den Flammen allein 6 Kirchen und 2 Klöster zum Opfer. Eine Kirche wurde mit Bomben gesprengt. In Malaga dauern die Plünderungen von Häusern an. Es wurde sogar ein Angriff auf eine Polizeikaserne versucht, der jedoch von den Polizisten mit der Waffe abgelehrt werden konnte. Mehrere Personen wurden verwundet. Es besteht die Absicht, zur Wiederherstellung der Ordnung mehrere Regimenter von Sevilla nach Malaga zu verlegen.

Der Kardinal-Erzbischof von Sevilla hat als Vorsichtsmaßnahme die Räumung sämtlicher Klöster angeordnet. In Alicante konnte die Ordensbrüder, die an ihre Kreuzfahne geklammert, die Konvente verlassen, nur mit den größten Anstrengungen von der erlegten Menge gerettet werden. Die Abendpresse beziffert den Sachschaden, der durch die letzten Unruhen entstanden ist, allein in Madrid auf über 40 Millionen Peseten. Für ganz Spanien dürfte die Summe von 100 Millionen nicht übertrieben sein. In einem Madrider Jesuiten-Kloster fiel eine der wertvollsten Bibliotheken mit 100 000 Bänden den Flammen zum Opfer. In Sevilla verbrannte eine Menge wertvoller und seltener Schilde. Auch in Malaga fielen große Kostbarkeiten dem Volke zum Opfer. So der berühmte Christus von Mená. Die bischöfliche Sommerresidenz bei Muzcia wurde von der Menge gleichfalls in Brand gesetzt. In Sevilla hat sich das Volk bis zur Erklärung des Belagerungszustandes ebenso zugellos benommen wie in Madrid.

Der Finanzminister will die Schließung der Börsen bis Ende der Woche aufrecht erhalten. Während der Abwesenheit des Außenministers übernimmt der Ministerpräsident die Leitung des Außenministeriums. In Madrid herrscht Ruhe.

Einleitung eines Strafverfahrens gegen Alfons XIII.

Paris. Nach einer Havasmeldung aus Madrid wurden heute die Vorstandsmitglieder der monarchistischen Vereinigung, Cobian und Campo verhaftet, ebenso der Führer der Nationalistenpartei, Dr. Albinano; die Minister der Diktatur Calo Ponte und Cornejo sind nach einem Verhör ins Gefängnis abgeführt worden. Der Generalsstaatsanwalt erklärte, daß zwischen einem monarchistischen Plan zur Wieder-

herstellung des alten Regimes und der Tätigkeit verschiedener in Paris lebender Aristokraten enge Beziehungen beständen. Schon aus diesem Grunde werde er gegen „Alfonso de Bourbonne“, der nicht mehr als König der Spanier gelten könne, eine Strafverfolgung einleiten.

Daily Express gegen die französische Vorherrschaft

London. In allergrößter Aufmachung bringt der konservative Daily Express schwere Angriffe gegen die Völkerbundsvereinigung, deren Schutzherriger Briand und dessen Apostel Lord Cecil sei. Es sei eine Vereinigung von nicht ganz klaren Köpfen. Sie unterstütze den Völkerbund, der ein Instrument der französischen Politik sei und durch den jetzt die Zollunion zwischen Oesterreich und Deutschland verhindert werden solle. Frankreich suche eine Erleichterung der infolge der großen Arbeitslosigkeit schwierigen Lage Deutschlands zu verhindern. Das englische Volk aber glaube, daß man Deutschland jede Möglichkeit geben solle, wieder zum Wohlstand zu gelangen.

„Nationalsozialistischer Parlamentsdienst“ verboten

Berlin. Auf Grund des § 5 Ziffer 1 und 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 hat der Reichspräsident die in Berlin erscheinende periodische Druckschrift „Nationalsozialistischer Parlamentsdienst“ — NSPD — einschließlich der Kopfsblätter mit sofortiger Wirkung bis zum 10. Juni 1931 einschließlich verboten. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

Der Volkstonvent in Nanking nimmt die provisorische Verfassung an

Nanking. Mit großer Mehrheit nahm heute der Volkstonvent in Nanking die provisorische chinesische Verfassung mit geringen Änderungen an. Diese Verfassung bestimmt, daß China für immer Republik und daß Nanking seine ständige Hauptstadt sein soll.

Kammer und Senat vor den Präsidentschaftswahlen

Paris. Die Senatsfraktion der demokratisch-radikalen Vereinigung, die 32 Mitglieder zählt, und der Gruppe Doumer in der Kammer entspricht, hat ihren Mitgliedern für den ersten Wahlgang bei der morgigen Präsidentschaftswahl Stimmfreiheit gelassen und wird im zweiten Wahlgang für den meistbegünstigten Linkskandidaten eintreten. Die Hälfte der Fraktion soll nach Havas für Briand, die andere Hälfte für Doumer sein.

Die Kammerfraktionen, die heute nachmittags im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl zusammengetreten waren, haben lediglich einen Meinungsaustausch gepflogen, ohne definitiv Stellung zu nehmen. Man rechnet damit, daß höchstens noch ein zweiter, nicht aber ein dritter Wahlgang notwendig sein wird. Der Kandidat, der im ersten Wahlgang siegen soll, müßte zwischen 431 bis 445 Stimmen auf sich vereinen. Das Ergebnis des ersten Wahlganges wird zwischen 16,20 Uhr und 16,30 Uhr, das des etwa notwendig werdenden zweiten Wahlganges 3 bis 4 Stunden später bekannt sein.

Moskau beglückwünscht die spanischen Kommunisten

Moskau. Die Vertretung der spanischen Sektion der Kommintern hat an das Zentralkomitee der spanischen kommunistischen Partei ein Telegramm geschickt, in dem den spanischen Kommunisten die Glückwünsche zum ersten Erfolg ausgesprochen werden. Das Telegramm sagt, daß die Arbeiter mit der Waffe in der Hand sich den Sieg erringen müßten. Die Armeespaniens müßte in die Hand der Arbeiter gebracht werden. Ein Vertreter der spanischen kommunistischen Partei wird im Rundfunk der Gewerkschaften eine Rede in spanischer Sprache halten, die für die spanischen Arbeiter bestimmt ist.

Fünf Tote bei einem Grubenunglück

London. Bei einer Kohlenstaubexplosion in einer Grube im River Herbert (Neu-Schottland) wurden am Montag fünf Personen getötet und 10 zum Teil schwer verletzt.



Reichsaußenminister Dr. Curtius antwortet Briand

Die Festtafel während der Ansprache des Reichsaußenministers Dr. Curtius. Von rechts nach links: Reichsaußenminister Dr. Curtius, Präsident Blochzol vom Verein der ausländischen Presse, Reichszkanzler Dr. Brüning, Runtius Orsenigo. — In Berlin hielt der Verein der ausländischen Presse sein 25. Jahresbankett ab, bei dem der Reichsaußenminister das Wort zu einer bedeutsamen Rede über die schwebenden politischen Probleme — insbesondere die Zollunionsfrage — ergriff.

Die Angestellten zur Wirtschafts- und sozialen Lage

Bundeskongress des Afabundes

Der Allgemeine freie Angestelltenbund Polnisch-Oberschlesiens hielt am Sonntag, den 10. Mai d. J. im „Christlichen Hölzchen“ Katowice seinen 10. Bundestag ab. Der Bundesvorsitzende, Kollege Heinrich, eröffnete vormittags 9 Uhr die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Als Leiter der Versammlung wurde der Kollege Koppel und als der Vertreter Kollege Lange gewählt. Der 1. Geschäftsführer Dorn schilderte die Arbeiten des Verbandes im Jahre 1930. Zunächst gab er einen Rückblick über die stattge-

Gehaltskämpfe

lungen in der Schwerindustrie, Weiterverarbeitenden Metallindustrie, Kleinbahn, Banken usw. Er hob hierbei hervor, daß ein den Arbeitgebern zur Hand gehender Verband, z. B. U. (Gut-Verband) den Versuch unternommen hatte, von vornherein die Bemühungen der Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände auf Verbesserung der Gehälter zu lenken. Dieser Verband schloß ein Abkommen auf Erhöhung der Gehälter von nur 4 Prozent ab, während es der Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände gelang, eine 5-prozentige Erhöhung zu erreichen. In den übrigen Branchen, wo dieser Verband nicht als Verhandlungsteilnehmer auftrat, wurde sogar eine 6-prozentige Erhöhung von der Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände erreicht. Weiter schilderte Redner den Abwehrkampf in gemeinsamer Front der Angestellten- und Arbeiter-Gewerkschaften gegen die Angriffe der Unternehmer auf Abbau von Löhnen sowie Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten. Dem solidarischen Zusammenhalten von Arbeitern und Angestellten ist es gelungen, die zu Unrecht eingeleiteten kommissarischen Betriebsräte zu beseitigen und wieder gesetzliche Zustände zu schaffen. Der Kampf um die Erhaltung der Sozialversicherung wurde gleichfalls in einer Front mit Arbeitern und Angestellten geführt. Die von den Unternehmern und einzelnen Behörden stillen gemachten Vorschläge auf Verschlechterung der Sozialversicherungen wurden abgewehrt. Die im letzten Halbjahr 1930 bis heute von den Arbeitgebern vorgenommenen Massenentlassungen entsprechen nicht der Notwendigkeit, sondern stellen nur eine Demonstration dar, um Behörden, wie die Deffentlichkeit von einer angeblich schweren Wirtschaftskrise zu überzeugen und zu beeinflussen. In Tatsache jedoch werden für die Entlassenen von anderwärts teilweise Kräfte herbeigeholt und eingestellt. Daß die Behauptungen der Arbeitgeber über die Wirtschaftskrise übertrieben sind, beweisen die hohen Gehälter der Direktoren. Wenngleich der Abfall einen Rückgang erfahren hatte, so darf nicht behauptet werden, daß deswegen die Unternehmungen schlechter gestellt sind. Die Wahrheit ist die, daß sich die Betriebskosten weit mehr verringert haben, als der Abfall, so daß bei dieser „schlechten Wirtschaftslage“ ein weiterer Gewinn herausgeschlagen worden ist. Die Ueberprüfung der Rentabilität einer Anlage hat ergeben, daß im Monat November 1929 bei 26 Tagen 30 000 Tonnen und im gleichen Monat des Jahres 1930 bei 19 Tagen 26 000 Tonnen gefördert wurden. Der Gewinn, trotz Förderungsrückganges, liegt in der erhöhten Kopfleistung und Ersparnis von Löhnen und sonstigen Betriebskosten für 7 Tage und weitere 20 Prozent für die gesamte reduzierte Belegschaft. Nach den obigen Zahlen gerechnet hat eine bedeutend verringerte Belegschaft eine Mehrförderung von 3 1/2 Tagen geleistet. Dies alles beweist, daß, wenngleich eine Wirtschaftskrise vorhanden ist, diese nur die Masse zu spüren bekommt, die Unternehmer dagegen dabei noch große Gewinne einheimen. Die Angestellten lehnen daher jeden Gehalts- und Lohnabbau ab. Weiter beklagte sich Redner darüber, daß die Warschauer Regierung, die seit Jahr und Tag gestellten Anträge der Angestellten-Gewerkschaften auf Ausbau und Verbesserung der Sozialversicherungs-Gesetze und Verordnungen immer noch nicht erledigt hat. Auch die Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes in Genf auf internationale Regelung von Arbeitszeit, Löhnen und Gehälter lassen viel zu wünschen übrig. Das Vertrauen der Masse für diese Institutionen wird immer mehr verschwinden. Die Versammlung nahm eine Resolution einstimmig an, welche am Schlusse dieses Berichtes aufgeführt wird.

Die organisatorische Entwicklung

ist eine zufriedenstellende. Die Mitgliederbewegung ist stabil geblieben, trotz der Massenentlassungen. Die Neuzugänge haben die Abgänge wettgemacht. Ueber die Leistungsfähigkeit des Verbandes gibt der Kassenbericht das beste Bild. Auch eine im Saale aufgehängte graphische Aufstellung beweist, daß die finanzielle Lage des Verbandes eine sehr günstige ist. Die große Belastung durch Zahlung von Stellenlosen-Unterstützungen (250 prozentige Steigerung gegenüber des Vorjahre) konnte der Verband bei seinen Einnahmen und ohne Angreifen von Reserven aushalten, darüber hinaus auch noch wesentliche Ersparnis machen. Die Arbeitsleistung in der Geschäftsstelle war 1930 stark gestiegen. Die im Jahre 1929 gezählten Sitzungen, Konferenzen und Versammlungen von 520 sind im Jahre 1930 auf 752 gestiegen. Die Sterbefälle des Verbandes hat ihr Vermögen auf rund 75 000.— Zloty erhöht.

Der 2. Geschäftsführer Pelska gab den zweiten Teil des Geschäftsberichtes. Die Abteilung

Rechtsschutz

hatte im vergangenen Jahre allein 306 Streitfälle zu bearbeiten gehabt. Hiervon wurden 17 verloren, während 93 Fälle noch schweben, so daß 196 Fälle gewonnen wurden. Der durch den Verband gerettete Betrag beträgt 31 160.— Zloty. Hierzu ist noch eine gleiche Summe hinzuzuzählen für diejenigen, deren Wiedereinstellung der Afa-Bund erreichen konnte. Die Massenentlassungen fast in allen Fachgruppen gaben dem vergangenen Jahre das Gepräge. Im März 1930 lehnten die ersten Massenentlassungen ein und steigerten sich am Jahresabschluss in erschreckender Weise. Besonders ging hier die Schwerindustrie rücksichtslos vor. Allein in einem einzigen Quartal wurden 800 Kündigungen ausgesprochen.

Die von dem Afabund gemeinsam mit den anderen Verbänden in Szene gesetzte Abwehrbewegung hatte teilweise Erfolg. Wie schwer der Kampf gegen die rücksichtslosen Maßnahmen der Unternehmer war, kam hauptsächlich in den Verhandlungen bei dem Demobilisierungskommisär zum Ausdruck. Hier wurde der einzelne in allen seinen Qualitäten geprüft, also ein reiner Schacher um Menschenleben getrieben. Die Schwerindustrie hatte regelmäßig mehr Entlassungen zur Anmeldung gebracht als erforderlich waren. Die Hoffnungen, die wir auf die Behörden setzten, wurden stark enttäuscht.

Das Erholungsheim des Verbandes erfreute sich nach wie vor großer Beliebtheit und hat der Verband auch im Berichtsjahre das Möglichste getan, um eine weitere Verschönerung durch Ausbau vorzunehmen. Das vergangene Jahr hatte gegenüber früheren Jahren die größte Frequenz aufzuweisen. Der Pächter dieses Heimes hatte es verstanden, sich die Zufriedenheit der Gäste zu erwerben. Die Preise sind, trotz der ständigen anziehenden Teuerung, in den vergangenen Jahren nicht erhöht worden, vielmehr hat der Verband diesen Betrieb als soziale Einrichtung ausgebaut.

Die Jugendbewegung des Verbandes ist gleichfalls eine stabile. Die Neugründung der Jugendgruppe Magrube hat sich sehr gut entwickeln können. Verschiedene größere Veranstaltungen, wie Wettkämpfe, Jugendtreffen und Tagungen, sowie die sportlichen, beruflichen und volkstümlichen Arbeiten der Jugendgruppen haben bewiesen, daß die Jugend einen aktiven Bestandteil der Afabewegung darstellt. Nur ist es beklagenswert, daß eine großzügige Entwicklung infolge des Mangels von Räumlichkeiten für Jugendheime stark eingeschränkt ist.

Die Berichte der beiden Geschäftsführer wurden mit Beifall entgegengenommen und einstimmig die Annahme folgender Resolution beschlossen:

Resolution

I.
Der am 10. Mai d. Js. in Katowice tagende Afabundestag erhebt energischen Protest gegen den von den Unternehmern geplanten Gehaltsabbau und bittet die Regierung, mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln, diesen Schritt der Unternehmer zu verhindern. Nach dem amtlichen statistischen Material der Regierung, sowie des Internationalen Arbeitsamtes, ist der Nachweis erbracht worden, daß die Behauptungen der Unternehmer, bezüglich der Wirtschaftskrise, übertrieben sind und gerade der Lohn- und Gehaltsabbau eines der gefährlichsten Mittel zur Vertiefung der Wirtschaftskrise darstellt. Wir fordern:

Beibehaltung der jetzigen Gehälter und eine energische Aktion der Regierung, zwecks Herabsetzung der Preise!

Es wäre angebracht, daß seitens der Regierung, nicht nur die Gehälter der Angestellten zwingend reguliert werden, sondern vor allen Dingen die Gehälter der Direktoren behördlicherseits einer Kontrolle unterzogen werden. Der Abbau von Direktoren und ihrer Bezüge ist eine unserer ersten Forderungen.

II.
bitten wir die Regierung, die zuständigen Stellen anzuweisen, daß sie keinerlei Genehmigung für den weiteren Abbau von Arbeitnehmern erteilt. Die Reduzierungen werden größtenteils aus Prinzip durchgeführt. Es ist der Nachweis erbracht worden, daß nach erfolgten Entlassungen andere, auswärtige Leute wieder eingestellt wurden. Des weiteren werden Ueberstundenverfahren und die Leistungen in gesundheitsgefährlicher Weise gesteigert.

Der Erlass einer Verordnung, zwecks Verbot der Sonntagsarbeit und Bestrafung der Arbeitgeber, die Arbeiter und Angestellte über die zulässige Zeit beschäftigen (Ueberstunden) ist dringend nötig.

III.
erwünschen wir die Regierung um Erledigung der Anträge auf Ausbau der Angestelltenversicherung, auf Herabsetzung der Altersgrenze und sowie Ausschreibung der Wahlen zu den Körperschaften dieser Einrichtung. Die seitens des Verbandes der Versicherungsanstalten aufgestellten erschwerten Bedingungen zur Erlangung eines Heilverfahrens bitten wir anzunehmen. Der Afabund protestiert gegen die beabsichtigte Veränderung des Systems der Sozialversicherungseinrichtungen und tritt für die Beibehaltung des augenblicklichen Systems ein mit der Mahngabe, daß dieses System noch entsprechend den seit Jahren gestellten und der Regierung vorliegenden Anträgen weiter ausgebaut wird.

IV.
Mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise, die eine Wiedereinstellung Entlassener aussichtslos macht, bitten wir um Verlängerung der Unterstützungsdauer der Arbeitslosenversicherung, sowie Erhöhung der Sätze der aus der Staatshilfe zu zahlenden Unterstützung.

V.
bitten wir die Regierung um Herabsetzung der Einkommensteuer und Heranführung des steuerfreien Einkommens auf 3600 Zl. unter Berücksichtigung der Ernährer zahlreicher Familien, Ausdehnung des Urlaubsgesetzes auf die Wojewodschaft Schlesien, Erlass einer Verordnung, welche den Schutz der älteren Angestellten vorsieht in Form von verlängerten Kündigungsfristen und entsprechenden Abfindungen.

Die Einführung von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten in den Ortsgemeinden Rybnik, Plesch, Mikolai und Tarnowik, sowie Erhöhung der Zuständigkeitsgrenze auf 15 000 Zloty jährlich, Erlass einer Verordnung, wonach vom Militärdienst Entlassene wieder in ihrer alten Stellung beschäftigt werden müssen. Die Einführung von Berggerichten in allen Erubenbezirken.

Polnisch-Schlesien

Der prügelnde Sequestrador

Die Herren Sequestratoren haben sich bereits einen Namen gemacht und man weiß ihren Beruf zu schätzen und auch entsprechend zu „achten“. Ein Sequestrador, der im Hühnerstall eingesperrt wird, der eine Kuh an den Hörnern zieht, das sind auf dem flachen Lande alltägliche Erscheinungen. Hier und da wird der Steuersequestrador geprügelt, aber es kommt auch umgekehrt vor, daß der Sequestrador prügelt. Das Letztere kommt zwar nicht so oft vor, denn die Steuerzahler lassen sich nicht prügeln, überhaupt wenn es sich noch um ihr Geld handelt.

Die Stadt Czenstochau hat bekanntlich eine kommissarische Verwaltung bekommen und da braucht sie mehr Geld als eine andere Gemeinde. Kommissarische Verwaltungen sind bekanntlich teuer, was sich bei den Krankenkassen gezeigt hat. Kein Wunder daher, daß sich die kommissarische Stadtverwaltung einen tüchtigen und handfesten Sequestrador beschafft hat. Wegen Arbeitsmangel kann sich der Sequestrador auch nicht beklagen, denn er hat die Hände voll zu tun. Er pfändet lustig darauf los. In der vorigen Woche drang der Sequestrador in das Kintheater „Ramosci“ ein. Die Frau des Kinobesizers war gerade beim Geldzählen nach der Vorstellung. Die Kinobesizerin und die Kassiererin waren der Meinung, daß sie einen Banditen vor sich haben, denn der Herr Sequestrador stürzte sich wie ein Wilder auf das Geld. Die Kinobesizerin nahm schnell das Geld zu sich und beide Frauen schrien um Hilfe. Der Herr Sequestrador machte sich aber aus den Hilferufen nicht viel, sondern packte die Frau am Halbe. Es kam zu einem Handgemenge zwischen der Frau und dem Sequestrador. Der Letztere war kräftiger gewesen, aber die Frau wehrte sich auch verzweifelt. Sie erhielt eine Reihe von Schlägen und Kratzwunden im Gesicht. Schließlich entriß der Sequestrador der Frau das Geld.

Auf die Hilferufe der beiden Frauen kamen Leute hinzu und bald erschien auch der Kinobesizer Gogut. Man machte sich auch sofort an den Eindringling heran und er hätte wohl den Ritzern gezogen, wenn inzwischen nicht ein Polizeibeamter gekommen wäre. Der Polizeimann mischte sich in die Sache hinein und erst jetzt gab der Eindringling an, daß er ein Sequestrador vom Magistrat sei. Das wollte man ihm aber nicht glauben und verlangte einen Ausweis. Einen solchen Ausweis hat der Sequestrador nicht gehabt und konnte auch keinen vorweisen. Er wurde auf das Polizeikommissariat gebracht und hier stellte sich tatsächlich heraus, daß man es wirklich mit einem Sequestrador und ehemaligen Polizeibeamten zu tun hatte. Jetzt erließ die Aufregung unter den Betroffenen ihren Höhepunkt über die Pfändungsmethoden des Herrn Sequestrators, die einem Banditenüberfall verdammt ähnlich sind. Der Kinobesizer und seine Frau, die jämmerlich durch den Sequestrador zugerichtet wurden, erstatteten gegen den Sequestrador eine Strafanzeige beim Staatsanwalt. Zu bemerken wäre noch, daß der Kinobesizer keine Steuermahnung vom Magistrat bekommen hat.

Polnische Geistliche unter Anklage

Gegen eine Anzahl von polnischen Geistlichen, die anlässlich des Nationalfeiertages in ihren Festpredigten gegen die Regierung gesprochen haben, wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Ebenso werden einzelne Geistliche beschuldigt, die Bevölkerung gegen die zugewanderten polnischen Kreise aus anderen Teilsgebieten aufzuhetzen zu haben. Das Strafverfahren richtet sich hauptsächlich gegen Geistliche in Myslowik, Sohrau und Paulsdorf.

Die Einführung der 40-Stunden-Woche oder 5-Tage-Woche ohne Lohn- und Gehaltskürzung ist notwendig und bitten wir die Regierung um sofortige Einleitung der Vorarbeiten hierzu.

In der Diskussion ergriffen seitens der Gäste, der Vertreter der Komissa Centralna Warschau, Kollege Kubacki, das Wort. Er begrüßte und beglückwünschte die aktive Tätigkeit des Verbandes und seinen geleisteten Arbeiten und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Angestellten in Zukunft die Solidarität der Hand- und Kopparbeiter vertiefen mögen und in gemeinsamer Front den Abwehrkampf gegen den Sturmangriff der Unternehmer energisch führen müssen.

Kollege v. Kievel als Vertreter des Afabundes Deutschlands, sowie des Zentralverbandes der Angestellten Deutschlands, überbrachte die Grüße der Kollegen aus Deutschland und schilderte die Wirtschaftslage und die Schwierigkeiten der Kämpfe der Kollegen jenseits der Grenze, unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage Polens. Auch er gab seiner Freude Ausdruck, daß der Afabund in Polnisch-Oberschlesien als aktiver Streiter um die Verbesserung der Existenz der Angestellten in Polnisch-Oberschlesien vortritt und wünscht ihm auch für die Zukunft weitere Erfolge.

Sejmabgeordneter Komoll überbrachte die Grüße der Deutsch-Sozialistischen Arbeitspartei. Er sprach besonders zu den Forderungen der Angestellten auf wirtschaftlich und sozialpolitischem Gebiete. Wenn die Wünsche der Angestellten bisher nicht in Erfüllung gegangen sind, so tragen sie die Schuld selbst daran, da die Masse der Arbeiter und Angestellten bisher stets und immer sich ihre Vertreter in die gezeigenden Körperschaften selbst wählen und daher zufrieden sein müssen, wenn ihre eigenen Vertreter nicht für die Verbesserungen der sozialen Lage von Arbeiter und Angestellten eintreten. Würde die Arbeitnehmerenschaft sich darüber klar sein, daß der politische Teil des Lebens zugleich das Wirtschaftsleben regelt, so würden auch die Arbeitnehmer nur solche Vertreter in den Sejm wählen, welche nicht nur im Reden, sondern auch bei den Abstimmungen für die Forderungen der Masse eintreten. Reicher Beifall lohnte die Redner.

Die Neuwahlen ergaben das Ausscheiden des Kollegen M o s h a u e r aus dem Bundesvorstand und die Neuwahl des Kollegen Heinrich aus Königshütte. Der übrige Vorstand, sowie Beirat, blieb unverändert. Nach Erledigung noch einiger formaler Punkte, wurde die Versammlung mit dem Gelöbnis einheitlichen und solidarischen Zusammenhaltens für die Zukunft geschlossen.

Bielik, Biala und Umgegend

Bielik und Umgebung

Schikanen der Arbeitslosen.

Zimmer schwerer lastet die Wirtschaftskrise auf jedem Zweig des Erwerbslebens. Alles wartet auf das Frühjahr, mit der Hoffnung, daß die eintretende Bautätigkeit etwas Abhilfe schaffen wird und besonders hoffen die Arbeitslosen, daß der Arbeitsmarkt sich beleben und somit auch ihre Lage sich bessern wird. Nun stehen wir bereits im Bonnemonat Mai, aber von einer Besserung ist so viel wie gar nichts zu spüren, ja, das Gegenteil ist zu konstatieren, daß immer mehr Arbeiter, und besonders die aus der Textilindustrie, gezwungen sind, ihre Arbeitsstätten zu verlassen und wenig Hoffnung vorhanden ist, daß sich jemals wieder die Faktorene für sie öffnen werden. Und was dies für ein Gefühl in einem Menschen auslöst, kann sich jeder, der nur etwas Menschlichkeitsgefühl hat, vorstellen. Statt der gewohnten jahrelangen Arbeit nachzugehen, dieselbe mit dem Stempeln zu vertauschen. Nicht genug an alledem, bereitet das Arbeitslosenamt den Arbeitslosen immer größere Schwierigkeiten. Schikanen erfolgen bei jeder Gelegenheit. Ohne Angabe von Gründen werden die Legitimationen zurückgehalten, nach einigen Tagen wieder zurückgegeben. Auszahlungen der Unterstützungen werden gleichfalls ohne Angabe von Gründen zurückgestellt. Weiters haben in den letzten Tagen Kontrollen stattgefunden, und hat das Kontrollorgan bei einem Arbeitslosen, der zufällig ein Uhrerglas in seine Uhr einmachte, denselben als arbeitenden professionellen Uhrmacher festgestellt, weiters bei einem, der Holz hatte, gleich als berufsmäßigen Holzhauer usw. Also wie aus diesem zu ersehen ist, alles Schikanen, um den Arbeitslosen die paar Zloty Arbeitslosenunterstützung strittig zu machen. Ganz besonders abgefahren haben es diese Organe auf die Arbeitslosen, die in den angrenzenden Gemeinden wohnen, da wird denselben einfach erklärt, sie wohnen im Dorf und mögen sich Arbeit bei den Bauern (?) suchen.

Diese Herren scheinen am Mond gewohnt zu haben, daß sie nicht wissen, daß in den angrenzenden Gemeinden Arbeiter wohnen, die in der Stadt gearbeitet haben, und die paar Bauern, die Feldarbeit mit ihren Familienangehörigen resp. mit dem Dienpersonal sehr leicht verrichten können. Es wäre doch höchste Zeit, daß sich die maßgebenden Faktoren in die trostlose Lage der Arbeitslosen versehen würden und diese Schikanierungen unterlassen möchten, um nicht noch mehr Bitternis und Leid den Arbeitslosen beizufügen. — Wenn diese Herren nicht imstande sind, für Arbeitslosigkeit zu sorgen, so sollen sie sich auch nicht in die Auszahlungen der Arbeitslosenunterstützungen hineinmischen. Auf die gesetzliche Unterstützung hat doch jeder, der in den Arbeitslosenfonds Beiträge gezahlt hat, vollen Anspruch, damit macht man doch niemandem ein Geschenk. Uebrigens würde jeder gern auf diesen Bittel verzichten, wenn er nur Arbeit hätte! Folglich, wenn man keine Arbeit zu vergeben hat, muß die Unterstützung gezahlt werden. Von der Luft allein kann man nicht leben!

Ständige Rubrik — kommissarische Prozesse.

Auch die Frau Kuzma mußte die Krankenkasse in Biala verklagen. Daß sie entlassen wurde, ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn man die Frau eines P.S.-Mitgliedes ist, darf man nicht damit rechnen, daß Herr Zikus einem das Brot beläßt. Also kündigte er der Frau Kuzma die Stellung, ohne daß ihr der gesetzliche Urlaub ordnungsgemäß gegeben worden wäre und sonstige Ansprüche befriedigt worden wären.

Folglich mußte Frau Kuzma, gern oder ungern, klagen. Die Verhandlung fand vor dem Arbeitsgericht in Biala statt. Am 6. Mai fällt das Arbeitsgericht das Urteil, mit welchem der Frau Kuzma 312,80 Zloty samt Verzugszinsen und Gerichtskosten zugesprochen wurden.

So lange die Krankenkassen in Bielik u. Biala ihre Selbstverwaltung hatten, ereignete sich kein Fall, daß die Krankenkassen von ihren Angehörigen verklagt worden wären. Die Mitglieder brauchten für Arzneien und Zahnbehandlung nichts zu zahlen. Die Verwaltungskosten waren niedrig.

Mit den Kommissaren ist ein „neuer“ Geist in die Krankenkassen gezogen. Ein nicht enden wollender Ratten-schwanz von Prozessen zieht sich hin, von denen die meisten ohne Prozeß, ohne Gerichtskosten, bei ein bißchen guten Willens erledigt werden könnten. —

Aber die Kommissare müssen eben kommissarisch die ihnen anvertrauten Institute verwalten.

Auch Gen. Banat klagte. Die Behandlung dieses Krankenkassenangeklagten, der einer der mustergültigsten und verdienstlichsten Mitarbeiter an dem Aufbau der Bialaer Krankenkasse war, ist ein Kapitel für sich, welches noch lange nicht als beendet betrachtet werden kann. Die Arbeiterhaft unseres Bezirkes wird noch auf dieses Kapitel rechtzeitig zurückgreifen. Sie wird daran nicht vergessen, daß man diesen Mann kündigte und ihm die Möglichkeit des Bezuges der Arbeitslosenunterstützung entzogen hat. Dazu ist nur eine kommissarische Verwaltung fähig. Natürlich rekurierte Gen. Banat gegen den Entzug der Arbeitslosenunterstützung.

Er klagte aber auch die Kasernenverwaltung um Bezahlung für die geleisteten Ueberstunden. Ueber den Verlauf des Prozesses werden wir seinerzeit noch berichten.

Ein vergoldetes Augenglas wurde im Zigeunerwald gefunden, dasselbe kann in der Filiale des Arbeiterkonsums im Zigeunerwald abgeholt werden.

Sportliches

Bieliker A-Klassenmeisterschaftsspiele.

Leszczynski K. S. — Sola Oswiencim.

Der A-Klassenentwurf Leszczynski wird sich anstrengen müssen, um gegen die Sola zu bestehen.

Kozarawa Sanbusch — Sola Sanbusch.

Hier treffen beide Ortsrivalen aufeinander, so daß das Spiel äußerst interessant zu werden verspricht und man auf den Ausgang gespannt ist. Aller Voraussicht dürfte Kozarawa siegen.

Grazyna Dziedzyt — A. K. S. Czachowiz.

Bei der Ausgeglichenheit beider Mannschaften ist ein offenes Spiel zu erwarten und auf deren Ausgang man gespannt sein kann.

Biala Lipnit — Sokoł Bielik.

Auch in diesem Treffen ist der Ausgang schwer voraussagen da beide Mannschaften wohl gleich spielstark sind.

Muttertag?

Die bürgerliche Welt feierte wieder einmal ihren Muttertag. Sie hat ihre Vorbereitungen nicht schlecht getroffen. Schulen, Kirchen und Geschäfte aller Art haben genügend Propaganda für diesen angeblich größten Tag der deutschen Mütter betrieben. In erhabener hat man durch Wochen schon den Muttertagsgedanken mit der Beilage christlicher Nächstenliebe und frommer Mutterverehrung, in letzteren mit Anleitungen zum Geschenkekauf garniert, zu präsentieren verstanden. Tatsache ist, daß durch diese intensive Art der Propagierung der Muttertag Anflug und Verbreitung gefunden hat; allerdings nur in Kreisen derer, die nicht denken können. Darum ist es notwendig, auch anläßlich des Muttertages der Bürgerlichen alle jene aufzurütteln, die als geistige Nachtwandler durch das Leben gehen.

Tag der Mütter — das ist gewiß keine schlechte Idee und der Gedanke der Mütterverehrung ist ebenso schön als alt. Warum sollte man sich da wohl von seiner Feier ausschließen?

Warum? Wann immer sich die herrschende Klasse im Sinne des Gebenwollens der Proletarier erinnert hat, hat sie es getan aus dem Bestreben heraus, ihr eigenes böses Gewissen zu beruhigen und die Armen mit ihrem traurigen Schicksal auszuföhnen. Die Armut ist anspruchslos und dankbar für das kleinste Stückchen Freude, das in ihr Leben getragen wird. Mancher Fluch erlirbt, manche Empörungstat, mancher Aufsehnungsveruch unterbleibt, wenn man es versteht, den getretenen Armen in geeigneten Momente Pfänderchen auf die wundesten Stellen ihres Daseins zu legen. Ewig dankbar wird der Bettler dem sein, der ihm, als er dem Verhungern nahe war, ein Stück Brot gereicht; er wird nur die Tat sehen und nicht nach ihren Beweggründen fragen. Und er wird — das ist der Kern der Sache — sein Schicksal ergeben weitertragen in dem Bewußtsein, daß ihm dann und wann doch wieder von irgendwoher Hilfe werden wird.

Wie ist es mit den Müttern des Volkes? Niemand von bürgerlicher Seite hat sich das ganze Jahr hindurch um sie gekümmert. Man hat die Fabriktore gesperrt, hat die arbeitenden Mütter auf die Straße gesetzt und nicht gefragt,

wovon sie mit ihren Kindern leben werden. Man hat sie, soweit man ihnen noch Arbeit gegeben, bei Elendslöhnen schuften lassen, unbekümmert darum, ob ihre Körper der schweren Arbeit gewachsen sind. Man hat festgehalten an dem Paragraphen, der sie zum Gebären und zum Abtreiben zwingt. Man hat nichts getan, das ganze Jahr über, die Tränen der tausende unglücklicher Arbeitermütter zu trocknen und man denkt gar nicht daran, dies in Zukunft zu tun. In der nächsten Zeit will man den Mieterchutz beseitigen; das bedeutet Zinserhöhung und Delogierung für tausende Arbeiterfamilien. Man will die Löhne weiter herunterdrücken und die Warenpreise erhöhen. Ach — man hat so viele Ueberraschungen, die das Elend zu verzehnfachen imstande sind.

Das ist es wohl notwendig, Pfänderchen auszuteilen, die armen Mütter ruhig und ergeben zu machen und sie — wenn es gelingt — mit ihrem Lose auszuföhnen. Darum die Bemühungen des Bürgertumes am Muttertage.

Keine Mutter möchte mit ihren Kindern hungern, keine ihr kostbares Leben in die Hände von Kurpfuschern legen, keine sich in Not und Sorge verzehren, keine um ein ungeliebtes Leben weinen müssen, wenn alle jene, die am Muttertage großmütig Geschenke austeilen, den ehrlichen Willen hätten, das Leben der Arbeitermütter lebenswert zu machen, wenn sie alle mithelfen würden, die Lebensverhältnisse der Arbeiterfrauen von Grund auf umzugestalten. Weil ihnen dies zu tun unendlich fern liegt, lehnen wir ihr Treiben am Muttertag als heuchlerisch und verachtungswürdig ab.

Ihr Mütter des Proletariates seht zurück auf den Weg, den ihr durch die Geschichte gegangen seid. Er ist mit Blut und Tränen gezeichnet; und die euch gezwungen haben, ihn zu gehen, das sind dieselben, die euch am Muttertage mit Geschenken vergessen machen wollen, was war und was ist. Wenn ihr euch durch die Not gezwungen fühlt, die armseligen Geschenke der Reichen anzunehmen; vergesst nicht, daß es Almosen sind. Ihr aber sollt euch nicht mit Almosen, die vom Tische der Reichen fallen, zufriedengeben, sondern ihr sollt kämpfen um euer Recht auf das Leben. E. S.

Freiwillige Rettungsabteilung in Bielsto

25 Jahre im Dienste der Humanität.

Aus dem früheren Geräteraum wurden die Garagen für drei Krankenautos, 3 Krankenwagen, 6 komplette Feldtragen und 2 Tragejessel, ferner das Ambulatorium (ganz weiß in Rachel ausgelegt) der Mannschaftsraum, Schlafzimmer, Bad, Brausebad sowie die Reparaturwerkstätte errichtet. Im oberen Stockwerke wurden zwei Wohnungen für den Stationsdiener resp. Chauffeur (zwei Zimmer und Küche und 1 Zimmer und Küche) errichtet, die anderen Räume dienen vorderhand als Schul- und Übungsraum für die allwöchentlichen Verbandssübungen, Monatsversammlungen und Samariterkurs. Das ganze Gebäude ist mit Dampfheizung versehen. Die Adaptierungskosten betragen 36 000 Zloty, welche die Abteilung voranschüssweise aus eigenen Mitteln und durch Entnahme aus dem bestehenden Dr. Köpplerfonds, welcher für verunglückte Samariter bestimmt ist, bestritten und deren Rückvergütung aus dem Titel von Subventionen, Spenden usw. erfolgen soll.

Von dieser Stelle danken wir den Herrn Bürgermeistern und dem gesamten Gemeinderate der Stadt Bielsto für die Zuweisung dieses Objektes, wodurch sie den Ausbau der Abteilung ermöglichten und so die Schlagfertigkeit wesentlich erhöht wurde, bitten aber gleichzeitig durch Gewährung von größeren Subventionen die auf der Abteilung schwerlastenden finanziellen Sorgen zur Gänze zu übernehmen.

Auf die alljährliche Abhaltung der Samariterfeste wartet stets die Bevölkerung. Reich und arm, welche die Verdienste der Abteilung zu würdigen wissen, sind bei diesem Feste zugegen oder haben anläßlich der Straßenjammlung ihren Beitrag geleistet, so daß der finanzielle Erfolg dieser Feste stets als gut bezeichnet werden kann.

Leider muß erwähnt werden, daß sich noch immer Personen finden, die kein Verständnis für diese so wichtige Institution haben und die üblichen Sammlungen anläßlich der Samariterfeste als unliebsame Belästigung annehmen. Das Interesse für diese Institution sollte aber stets von allen Bürgern rege erhalten bleiben, es soll gewissermaßen Pflicht eines jeden Bürgers sein, diese Institution zu fördern und zu kräftigen, welche nun seit 25 Jahren ihre Pflichten im Dienste der leidenden Menschheit erfüllt hat und von dem Bestreben befeelt ist, auf diesem Wege der Pflicht weiter auszuweichen.

Die Abteilung dankt zum Schluß dem Gemeinderat der Stadt Biala, allen staatlichen Aemtern, den Sparkassen und allen Spendern für die entgegenkommende wohlwollende Förderung bei Durchführung unserer idealen Ziele, auch den hiesigen Ortsblättern, welche die Abteilung durch unentgeltliche Aufnahmen bereitwillig unterstützt hat, sei bestens gedankt.

Mit berechtigter Befriedigung blickt die Abteilung auf das während ihrer 25jährigen Tätigkeit Geleistete und tritt mit frischem Mut in das zweite Vierteljahrhundert ein. Die Abteilung hofft zuversichtlich, daß sich aus Anlaß dieses Jubiläums Freunde, Gönner und Spender in so reichlicher Zahl finden werden, durch deren Spenden der Abteilung die Möglichkeit gegeben wird, ungehemmt durch materielle Sorgen ihren übernommenen Pflichtenkreis im Dienste der Karitas wie bisher weiter zu erfüllen.

Bielsto, den 29. 4. 1931.

Der Schriftführer:
Kusnizkius m. p.

Der Chefarzt:
Dr. Leimsner m. p.

(Schluß.)

„Wo die Pflicht ruft!“

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielik.

Mittwoch, den 13. Mai, um 7 Uhr abends, Mitgliederversammlung im kleinen Saal.

Donnerstag, den 14. Mai, um 7 Uhr abends, Deklamationsabend.

Freitag, 15. Mai, 6 Uhr abends, Musikprobe für Anfänger im kleinen Saal.

Samstag, den 16. Mai: Näheres an der Vereinstafel.

Sonntag, den 17. Mai: Näheres an der Vereinstafel.

Die Vereinsleitung.

Bezirksgewerkschaftskommission Bielik-Biala und Umgebung.

Die Gewerkschaftskommission für Bielik-Biala und Umgebung beruft für Sonntag, den 17. Mai I. Js., vormittags 10 Uhr, ins Arbeiterheim in Bielsto die fällige

Jahres-Bezirkskonferenz

mit folgender Tagesordnung ein.

1. Eröffnung und Konstituierung.
2. Wahl der Mandatsprüfungskommission.
3. Berichte: a) des Kassierers, b) der Kontrolle, c) des Sekretariates.
4. Referat des Zentralgewerkschaftssekretärs.
5. Freie Anträge.

Die Einladung zur Konferenz erfolgt am sämtliche Ortsgruppen im besonderen Schreiben und Vorladungen durch die Bezirksgewerkschaftskommission. Die Zahl der Delegierten wird auf Grund der Abrechnung des letzten Quartals für 1930 festgestellt. Außerdem können Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner als Gäste gegen Vorweisung ausgestellt Legitimation des Verbandes an der Konferenz teilnehmen.

Generalversammlung des Radioklubs.

Der Vorstand des Radioklubs macht alle Mitglieder darauf aufmerksam, daß am Montag, den 18. Mai I. Js., um 8 Uhr abends, im Physikaale der Jennerbergschule die diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung stattfindet:

1. Verlesung des Protokolles der letzten Generalversammlung.
2. Berichte der Obmänner, des Kassiers und des Materialverwalters.
3. Neuwahl des Vorstandes und der Rechnungsprüfer.
4. Festsetzung der Monatsbeiträge und der Aufnahmegebühr.
5. Anträge und Uffälliges.

Die Mitglieder werden ersucht, zu dieser Generalversammlung im eigensten Interesse zu erscheinen.

Sollte um 8 Uhr die Generalversammlung nicht die erforderliche Zahl der Anwesenden aufweisen, findet um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr die zweite Versammlung ohne Rücksicht auf die Anzahl der Anwesenden statt.

Mit Rücksicht auf die Generalversammlung entfällt der Baselaabend an diesem Montag.

Sti-Sektion des Touristenvereins „Die Naturfreunde“.

Die letzte Vorstandssitzung in dieser Saison findet am 18. Mai d. J. im Vereinslokale „Tivoli“ um 7 Uhr abends statt. Vollständiges Erscheinen sämtlicher Vorstandsmitglieder ist Pflicht. — Bis zu diesem Zeitpunkt sind auch sämtliche geliehenen Sti usw. zurückzuerstatten.

Führer-Sitzung des T. V. „Die Naturfreunde“ Bielsto. Die erste Sitzung der Führer des obgenannten Vereines findet Donnerstag, den 14. Mai d. Js. um 7 Uhr abends im Vereinslokale „Tivoli“ statt.

Meganderfeld. Am Samstag, den 16. Mai I. J. findet um 1/8 Uhr abends, im Vereinslokal die diesjährige ordentliche Generalversammlung des Vereines Arbeiterheim für Meganderfeld und Umgebung mit statutenmäßiger Tagesordnung statt. Mitglieder erscheint alle!

